

3256/J XXI.GP

Eingelangt am: 21.12.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Eva Glawischnig, Freundinnen und Freunde

an den Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel

betreffend Kreativwirtschaft - Worte statt Taten - Totsparen statt Investieren

Kunststaatssekretär Morak bewirbt sein Amtsantritt das Konzept "Kreativwirtschaft. Der Kunstproduktion erwächst nach Moraks Willen eine marktwirtschaftliche Verantwortung und sie soll mithelfen, dass Österreich im "gigantischen kulturellen Wettbewerb, der mit der europäischen Integration verbunden ist" bestehen kann. Diese Schlagworte wurden jedoch in erster Linie als Rechtfertigung für die Kürzungen des Kunstbudgets verwendet. Konzepte oder Strategien für die Entwicklung der österreichischen Kreativwirtschaft ist diese Bundesregierung bis dato schuldig geblieben. Stattdessen wird auf altmodischen Konzepte gesetzt, die Konjunktur anzukurbeln (z. B. Straßenbau).

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Welche konkreten Maßnahmen hat diese Bundesregierung zum Aufbau und der Entwicklung einer Kreativwirtschaft in Österreich gesetzt?
2. Welche Kooperationen zwischen Kulturressort und Wirtschaftsressort haben bislang stattgefunden?
3. Für welche Bereiche (Musik, Film, Design etc.) gibt es Strategien?
4. Welche Maßnahmen wurden im Bereich Datenerhebungen zur Abschätzung des Potentials, der Möglichkeiten und der Strategieentwicklung im Bereich der Kreativwirtschaft gesetzt?
5. Welche Maßnahmen wurde bei der Adaptierung von Rahmenbedingungen zur Förderung der Creativ Industries (Gewerbeordnung, Arbeitsrecht, Urheberrechtsschutz, Bürokratieabbau u.v.a.m.) gesetzt?
6. Wie bewerten Sie die Aussagen von Barbara Albert *durch die starken Kürzungen im Filmbereich werde der Aufschwung des österreichischen Films zerstört, nachdem es endlich ein Bewusstsein auch für die wirtschaftliche Bedeutung des österreichischen Films gegeben hatte*, im Lichte der konzeptlosen Kürzungen der Filmförderung?

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Eva Glawischnig, Freundinnen und Freunde

an den Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel

betreffend Verschlechterungen für die "junge Kunst" in Österreich

Im Kunstbericht 2000 bekennt sich der Staatssekretär für Kunst und Medien zur jungen Kunst: *"Vorallem die Kunstformen, die abseits von Moden und Trends entstehen und sich dem Verständnis der Konsumenten entziehen, haben es heute nach wie vor schwer, ein Publikum zu finden. Gerade die nicht etablierte junge und neue Kunst verdient unsere besondere Aufmerksamkeit."*

Demgegenüber stehen dramatische Kürzungen, die anhand des Kunstberichtes 2000, der im Dezember dem Parlament zugeleitet worden ist, nicht mehr zu leugnen sind: Wie die Grünen schon bei Vorlage des Budgets festgestellt haben, Kürzung des Gesamtbudgets um 13%, in Teilbereichen bis zu 40%; freie Theatergruppen Minus 25, Bildende Kunst, Architektur, Photographie, Design(!) minus 20,4%, Arbeitsstipendien für Neue Medien minus 82,41%.

Dem Versprechen des Staatssekretärs die Bundesländer stärker zu berücksichtigen, schlägt sich bei den regionalen Kunst- und Kulturinitiativen mit einem Minus von 11,83% nieder.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Wie rechtfertigen Sie das dramatische Auseinanderklaffen von Taten und Worten in der Kulturpolitik?
2. Welche konkreten Maßnahmen hat diese Bundesregierung gesetzt, um der "Nicht etablierten junge(n) und neue(n) Kunst" ihre besondere Aufmerksamkeit zu signalisieren?
3. Welche konkreten Maßnahmen wurden im Bereich Neue Medien und Kunst gesetzt?